

Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 25.06.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:05 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Sibylle Keupen

Bemerkung

Gremienmitglieder

Name

Michael Servos

Dr. Margrethe Schmeer

Andrea Derichs

Relindis Becker

Dr. Sebastian Breuer

Julia Brinner

Hans Leo Deumens

Mathias Dopatka

Elke Eschweiler

Ulla Griepentrog

Wilhelm Helg

Holger Kienes

Kaj Neumann

Daniela Parting

Carsten Schaadt

Dirk Szagunn

Monika Annette Wenzel

Bemerkung

Vertretung für: Gaby Breuer

bis 18:00 Uhr Vertretung für: Dr. Sebastian Breuer

ab 18:00 Uhr

Vertretung für: Iris Lürken

Schriftführung

Name

Christina Milussi

Bemerkung

Abwesend

Gremienmitglieder

Name

Gaby Breuer

Iris Lürken

Markus Mohr

Bemerkung

ja

ja

ja

Gäste:

Simone Kaspar

Frank Breidenbach

Corinna Bauerfeld

Stefan Görgen

stellv. Präsidentin gpa NRW

Prüfleiter gpa NRW

Prüferin gpa NRW

Prüfer gpa NRW

Dirk Lange

kadawittfeldarchitektur

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.02.2025	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.05.2025	
4	Präsentation der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpa NRW) - Überörtliche Prüfung der Stadt Aachen 2024/2025	Dez II/0107/WP18
5	Konzeptentwicklung Jugendpartizipation	FB 01/0668/WP18
6	Zukunftsprozess Innenstadtmorgen - Sachstand, Meilensteine und Mitmach-Möglichkeiten in der Aachener Innenstadt	FB 01/0684/WP18
7	Barrierefreie Wahllokale	FB 01/0693/WP18
8	Austritt aus dem Metropolregion Rheinland e.V.“ (interfraktioneller Ratsantrag 470/18 vom 26.02.2025) Empfehlung zum Austritt aus dem Metropolregion Rheinland e.V.	FB 02/0445/WP18
9	Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft	FB 23/0342/WP18
10	Gründung der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH	FB 20/0361/WP18
11	Haus der Neugier: Gestaltungsprinzipien zur Fassade	Dez III/0065/WP18
12	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt für heute seien Ratsfrau Breuer (CDU), Ratsfrau Lürken (CDU) und Ratsherr Breuer (Grüne). Die Vertretungen übernehmen Ratsfrau Derichs (CDU), Ratsherr Kiemes (CDU) und Ratsfrau Becker (Grüne).

Änderungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.02.2025 ungeändert beschlossen

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

Zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.05.2025 ungeändert beschlossen

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

Zu 4 Präsentation der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpa NRW) - Überörtliche Prüfung der Stadt Aachen 2024/2025 zur Kenntnis genommen Dez II/0107/WP18

Oberbürgermeisterin Keupen begrüßt die Gäste der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen, Frau Simone Caspar, stellvertretende Präsidentin, Herrn Frank Breidenbach, Prüfleiter, Frau Corinna Bauerfeld, Prüferin, und Herrn Stefan Görgen, Prüfer. Sie bedankt sich herzlich für die Arbeit, die Unterstützung und die positiven Ergebnisse. Sie freut sich auf die nachfolgende Präsentation.

Die Mitglieder der gpa NRW stellen gemeinsam die Präsentation vor.

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich und äußert im Namen des Verwaltungsvorstandes, dass die Zusammenarbeit als sehr konstruktiv und kooperativ empfunden wurde.

Ratsherr Schaadt (Grüne) bedankt sich für diesen positiven Bericht besonders im Bereich der Bearbeitungszeit von Bauanträgen und hält fest, dass bezüglich der Beantragung für Bauanträge noch etwas nachjustiert werden könne, da man als Kunde aktuell keinen konkreten Ansprechpartner habe.

Ratsherr Servos (SPD) bedankt sich ebenfalls und hält fest, dass er den vorgetragenen Bericht gerne vorab zur Durchsicht erhalten und in Ruhe studiert hätte, um gezielte Fragen entsprechend vorzubereiten.

Oberbürgermeisterin Keupen erläutert, dass der Prüfbericht mit den Anmerkungen der Verwaltung zu den Empfehlungen in den Rechnungsprüfungsausschuss zur Beratung gehe und anschließend wieder im Rat behandelt werde.

Ratsherr Kiemes (CDU) stimmt Ratsherrn Servos (SPD) zu, dass er den vorgetragenen Bericht gerne vorab digital zur Verfügung gestellt bekommen hätte. Der Prüfbericht für den Bereich der IT sei bereits in Allris als Anlage für die morgige Sitzung beigelegt. Die Ergebnisse des Prüfberichts seien erfreulich, spannend sei auch zu sehen, in welchen Bereichen noch Verbesserungspotenzial bestehe. Er möchte daher alle dazu ermutigen, sich genau auf diese Bereiche im nächsten Jahr zu konzentrieren.

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich und wünscht den Gästen der gpa NRW eine gute Heimreise.

Zu 5 Konzeptentwicklung Jugendpartizipation zur Kenntnis genommen FB 01/0668/WP18

Ratsfrau Griepentrog (Grüne) berichtet als Ausschussvorsitzende des Kinder- und Jugendausschusses über die Diskussionen in den Fachausschüssen zur Konzeptentwicklung der Jugendpartizipation. Sie betont, dass das Konzept einstimmig zur Kenntnis genommen und weiterempfohlen wurde, da es vielseitige Angebote zur Beteiligung von Jugendlichen biete. Die Ausschüsse seien von der Aufgabenteilung zwischen FB 45 und FB 01 überzeugt und hoffen auf eine erfolgreiche Fortsetzung.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) begrüßt ebenfalls das Konzept und hebt die Bedeutung der frühzeitigen Einbindung junger Menschen in demokratische Strukturen hervor. Sie verweist auf die erfolgreichen, seit 2020 durch sie geführten Jugendkonferenzen im Bezirk Eilendorf und hält fest, dass sich die direkte Einbindung der Jugendlichen in Entscheidungsprozesse sehr positiv auswirke. Sie wünscht sich die Einrichtung eines Jugendrats und verweist auf einen Antrag der CDU-Fraktion aus dem Monat Februar.

Ratsherr Dopatka (SPD) schließt sich den Vorredner*innen an und ergänzt, dass das Kinderforum als Teil des Bürgerforums sehr positiv aufgenommen wurde. Er betont die Wichtigkeit der Vor-Ort-Termine und sieht das Konzept als Zwischenschritt mit Potenzial für ein zukünftiges Jugendparlament.

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich für die Rückmeldungen und betont, dass der Weg der Jugendpartizipation mit Unterstützung der Gremien weiterverfolgt werde.

Zu 6 Zukunftsprozess Innenstadt morgen - Sachstand, Meilensteine und Mitmach-Möglichkeiten in der Aachener Innenstadt zur Kenntnis genommen FB 01/0684/WP18

Ratsherr Schaadt (Grüne) äußert sich positiv zum Bericht über den Zukunftsprozess "Innenstadtmorgen" und betont die Bedeutung der Stadtgesellschaft für die Attraktivität der Innenstadt. Er hebt die lebendige Atmosphäre der Stadt hervor und lobt die Gründung der Interessensgemeinschaft für den Dahmengraben. Er weist darauf hin, dass die freie Kulturszene mehr Räume benötige.

Ratsherr Deumens (Die Linke) lobt die Präsentation im Bürgerforum und die Mitmachmöglichkeiten, insbesondere die Tool-Box, die Bürger*innen zur Beteiligung animieren solle.

Ratsherr Kiemes (CDU) bedauert, dass der Vortrag aus dem Bürgerforum nicht wiederholt werde und hinterfragt die Definition der Innenstadt, wobei er die Einbindung der Außenbezirke fordert. Er betont, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen solle.

Ratsherr Servos (SPD) sieht den Bericht als Ergänzung zu den baulichen Maßnahmen in der Innenstadt und betont die Bedeutung der Mitmachaktivitäten.

Oberbürgermeisterin Keupen erklärt, dass der Fokus auf der Innenstadt liege, die Strahlkraft nach außen habe, und betont die Bedeutung der Tool-Box auch für die Bezirke. Sie berichtet über das Projekt der Schirme in der Großkölnstraße, das erfolgreich umgesetzt wurde.

**Zu 7 Barrierefreie Wahllokale
zur Kenntnis genommen
FB 01/0693/WP18**

Ratsherr Deumens (Die Linke) hebt die Bedeutung der Barrierefreiheit von Wahllokalen für die Demokratie hervor und dankt der Verwaltung für die Fortschritte. Er betont, dass, trotz der Verbesserungen, noch Handlungsbedarf bestehe und wünscht sich langfristig ausschließlich barrierefreie Wahllokale.

Ratsherr Servos (SPD) unterstützt die Forderung nach Barrierefreiheit und betont die Notwendigkeit, die Definition von Barrierefreiheit zu klären, um Missverständnisse zu vermeiden. Er schlägt vor, die tatsächliche Barrierefreiheit der Wahllokale transparenter zu machen.

Ratsfrau Griepentrog (Grüne) weist darauf hin, dass es unrealistisch sei, alle Wahllokale vollständig barrierefrei zu gestalten und plädiert für eine zentrale Anlaufstelle, bei der Bürger*innen die Barrierefreiheit ihres Wahllokals erfragen können. Sie betont die Bedeutung der Briefwahl als Alternative.

Ratsherr Kiemes (CDU) stimmt zu, dass Transparenz über die Barrierefreiheit der Wahllokale wichtig sei, um den Wählern eine informierte Entscheidung zu ermöglichen. Er schlägt vor, die Barrierefreiheit der Wahllokale anhand von Kriterien wie Parkmöglichkeiten und Zugänglichkeit zu bewerten.

Oberbürgermeisterin Keupen bedankt sich für die Anregungen und verspricht, die Hinweise zu prüfen und die Kommunikation zu verbessern, um mehr Transparenz zu schaffen.

**Zu 8 Austritt aus dem Metropolregion Rheinland e.V.“ (interfraktioneller Ratsantrag 470/18 vom
26.02.2025)
ungeändert beschlossen
FB 02/0445/WP18**

Ratsherr Deumens (Die Linke) betont, dass es nach jahrelanger Diskussion nun Konsens unter den Fraktionen gebe, diesen Schritt zu prüfen. Er hebt hervor, dass die Mitgliedschaft keinen Sinn mehr mache und unterstützt den Antrag, der auch die Prüfung einer regulären Mitgliedschaft des Zweckverbandes Region Aachen in der Metropolregion vorsehe. Er kritisiert jedoch, dass die Verantwortung nun auf den Zweckverband geschoben werde und prognostiziert, dass das Thema in Zukunft erneut diskutiert werden könnte.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) stimmt ihrem Vorredner zu und erinnert daran, dass die Mitgliedschaft in der Metropolregion seit 2017 bestand, jedoch keine spürbaren Vorteile für die Region Aachen gebracht habe. Sie unterstützt den Austritt, da die Region im Westen von den Programmen der Metropolregion abgehängt worden sei. Sie sieht den zweiten Teil des Antrags als Möglichkeit, weiterhin in der Metropolregion präsent zu bleiben und hofft auf eine bessere Vertretung der Interessen der Region Aachen in der Zukunft.

Ratsherr Servos (SPD) dankt Ratsherrn Deumens und seiner Fraktion für ihr langjähriges Engagement in dieser Angelegenheit. Er sieht den Austritt als richtigen Schritt und hofft, dass der Zweckverband Region Aachen nun seine Bestimmung finde, was zwei Probleme gleichzeitig lösen könnte.

Oberbürgermeisterin Keupen betont abschließend die Bedeutung der Regionalpolitik und die Notwendigkeit, die Interessen der Region Aachen weiterhin zu vertreten. Sie sieht in der Bündelung der Strukturen eine Chance, die Effektivität zu steigern und dem Rheinland insgesamt zu nutzen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig dem Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Austritt aus dem Metropolregion Rheinland e.V. (MRR) fristgerecht bis zum 30.09.2025 mit Wirkung zum 31.12.2025 gegenüber dem Vorstand der MRR zu erklären.
2. Der Region Aachen Zweckverband (RAZV) wird gebeten, die Beantragung einer regulären Mitgliedschaft zu prüfen und die Interessen der Region Aachen in der MRR gebündelt zu vertreten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 9 Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft ungeändert beschlossen FB 23/0342/WP18

Ratsherr Helg (FDP) äußert sich kritisch zur Gründung einer neuen städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Er argumentiert, dass der Fokus auf der Bereitstellung bebauungsfähiger Grundstücke liegen sollte, anstatt eine neue Gesellschaft zu gründen, da die bestehende Verwaltung bereits in der Lage sei, den Wohnungsbau zu fördern.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) hingegen unterstützt die Gründung und hebt das Zweisäulenmodell hervor, das sowohl die Stärkung der bestehenden gewoge als auch die Gründung einer neuen Gesellschaft zur Sanierung vorsehe. Sie betont, dass die Sanierung zwar keinen neuen Wohnraum schaffe, aber bestehende Wohnungen erhalte.

Ratsherr Breuer (Grüne) zeigt sich erfreut über die Einigkeit und betont die Notwendigkeit sowohl von Neubau als auch von Sanierung. Er sieht in der Sanierung auch die Möglichkeit, neuen Wohnraum zu schaffen, und hebt die Bedeutung kleiner Grundstücke hervor, die nun besser entwickelt werden können.

Ratsherr Servos (SPD) unterstreicht die soziale Bedeutung von bezahlbarem Wohnraum und die Notwendigkeit, schnell zu handeln, um soziale Spannungen zu vermeiden. Er betont, dass die neue Gesellschaft sowohl für Sanierung als auch für Neubau zuständig sein sollte, um alle Potenziale zu nutzen.

Ratsherr Deumens (Die Linke) unterstützt ebenfalls die Gründung und betont die Wichtigkeit der Sanierung zur Erhaltung bezahlbaren Wohnraums. Er sieht die neue Gesellschaft als Ergänzung zur gewogenen, um den Wohnungsbestand zu sichern.

Beigeordneter Herr Hissel erläutert die komplexe Problemlage und die vorgeschlagene hybride Lösung. Er berichtet von der getrennten Abstimmung im Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss und den Anmerkungen zur Kapitaleinlage und Arbeitnehmerüberlassung, die geprüft werden müssen.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) ergänzt, dass die Verwaltung den Arbeitsauftrag zur Prüfung steuerrechtlicher und wirtschaftlicher Aspekte mitgenommen habe und erwartet, dass dies gründlich erfolge.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft mit einer Gegenstimme mehrheitlich zur Kenntnis. Er beauftragt einstimmig die Verwaltung, die in der Vorlage genannten weiteren Schritte (Kap. VII. Umsetzung) einzuleiten und die notwendigen Verträge der Gesellschaft sowie zwischen Stadt und Gesellschaft zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit einer Gegenstimme

Zu 10 Gründung der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH ungeändert beschlossen FB 20/0361/WP18

Ratsfrau Wenzel (Grüne) begrüßt die Vorlage zur Gründung der Regiotram Aachen Infrastrukturgesellschaft mbH und dankt der Verwaltung für die Ausarbeitung. Sie betont die Wichtigkeit der Vorlage, da sie den rechtlichen Rahmen für das Projekt bilde und die Organisationsstrukturen sowie Personalkapazitäten festlege. Die Verteilung des Stammkapitals, bei der die Stadt Aachen mit 50 % beteiligt sei, werde als sachgerecht angesehen. Sie hebt hervor, dass die ASEAG als lokaler Experte für den Personennahverkehr einbezogen werden sollte, um Synergien zwischen Bus und Tram zu nutzen. Sie dankt dem Verkehrsministerium NRW für die Übernahme der Förderlücke bei der Machbarkeitsuntersuchung und betont die Bedeutung der Strecke für die Attraktivierung des ÖPNV und den Umweltschutz.

Ratsherr Servos (SPD) äußert sich positiv über den erneuten Schritt in Richtung schienengebundener Personennahverkehr und betont die Notwendigkeit, das Bussystem zu entlasten. Er sieht in der Regiotram die Chance, ein neues Rückgrat für den ÖPNV in Aachen zu schaffen und hofft auf eine erfolgreiche Umsetzung.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) unterstreicht die Notwendigkeit der Regiotram, um die Pendlerzahlen zu reduzieren. Sie betont die Wichtigkeit, Zweifel an dem Projekt auszuräumen und die Umsetzung voranzutreiben. Sie sieht den Gründungsprozess als entscheidend an und spricht sich für die Unterstützung des Projekts aus, um einen starken regionalen Verbund zu schaffen.

Oberbürgermeisterin Keupen fasst zusammen, dass die Gründung der Gesellschaft eine wichtige Weichenstellung für ein regional bedeutendes Projekt darstelle. Sie hebt die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den anliegenden Gebietskörperschaften hervor und betont die Bedeutung eines smarten und effizienten Verkehrssystems in der Region.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstand der Gründung einer Infrastruktureinheit (IE) als Ausgangspunkt zur Realisierung einer Straßenbahnverbindung zwischen dem Gebiet der Stadt Aachen und dem Gebiet der Stadt Baesweiler (aktueller Stand) einstimmig zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt einstimmig die Beschlussfassung zur Gründung und zum weiteren Verfahren wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 11 Haus der Neugier: Gestaltungsprinzipien zur Fassade
 ungeändert beschlossen
 Dez III/0065/WP18**

Herr Lange vom Architekturbüro kadawittfeldarchitektur präsentiert die aktuellen Entwicklungen und Prinzipien der Fassadengestaltung.

Ratsfrau Schmeer (CDU) stellte Fragen zur erdgebundenen Begrünung und zur Verdunkelung bei Hitze.

Herr Lange erklärt, dass erdgebundene Begrünung sowohl im Erdgeschoss als auch in Pflanzkästen möglich sei und ein außenliegender Sonnenschutz vorgesehen sei.

Ratsherr Schaadt (Grüne) lobt die Herangehensweise und betont die Wichtigkeit der Fassadengestaltung als Ausdruck des städtischen Raums. Er hebt hervor, dass die Fassade im Einklang mit den Kostenberechnungen stehen müsse und dass die Fassadenbegrünung eine Vorbildfunktion für private Investoren haben sollte.

Ratsherr Deumens (Die Linke) schlägt vor, den Gestaltungsbeirat weiterhin in die Planungen einzubinden, um die architektonische Qualität zu sichern.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) unterstützt die aktuelle Planung und betont die Wichtigkeit, im Zeit- und Kostenrahmen zu bleiben.

Beigeordnete Frau Burgdorff erklärt, dass der Gestaltungsbeirat flexibel und schnell reagieren könne und dass im Zuge der Fassadengestaltung auch der Klimawandel berücksichtigt werden müsse. Sie schlägt vor, die Fassade als Forschungsfeld für Begrünung zu nutzen.

Ratsfrau Schmeer (CDU) bittet um Erläuterung des Fliegers, der auf dem Dach hinten rechts abgebildet sei. Sie fragt, ob es sich um einen architektonischen „Flitz“ handle oder ob es ein Austritt zur anderen Seite sei.

Herr Lange erläutert, dass es etwas von beidem sei. Inhaltlich sei es ein Austritt, man würde an der Stelle unter dem Dach stehen. Er erklärt, dass immer beabsichtigt gewesen sei, dem Haus der Neugier ein optisches Ende zu geben, hierfür werde man mit dem Gestaltungsbeirat nochmal in den Diskurs gehen.

Ratsherr Deumens (Die Linke) wünscht sich eine Beschlusserweiterung, die die Einbindung des Gestaltungsbeirats konkretisiere.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) erachtet eine Beschlusserweiterung als unnötig, da der Gestaltungsbeirat bereits eingebunden sei und, wie erwähnt, bei Bedarf kurzfristig befragt werden könne.

Oberbürgermeisterin Keupen lässt über den Tagesordnungspunkt abstimmen und teilt mit, dass der Beigeordnete Herr Brötz ergänzend noch eine Mitteilung habe.

Beigeordneter Herr Brötz kündigt eine Sondersitzung für den 27. August 2025 an, um die weiteren Planungen vorzustellen.

Ratsherr Servos (SPD) äußert Bedenken bezüglich des Termins, da dieser direkt nach den Ferien liege und keine Vorbereitungsmöglichkeiten auf die Sitzung bestehen.

Ratsfrau Schmeer (CDU) und der Beigeordnete Herr Brötz betonen, dass die Sitzung als Informationsveranstaltung gedacht sei, um die Mitglieder auf den neuesten Stand zu bringen. Eine Entscheidung werde an diesem Termin nicht getroffen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Präsentation zum Thema Fassade zur Kenntnis. Er legt fest, dass die Fassade des Hauses der Neugier den in den Erläuterungen ausgeführten 4 Prinzipien folgen soll.

Er weist darauf hin, dass sich die Fassadengestaltung in dem in der Vorlage *Dez. I/0034/WP18 „Haus der Neugier – Erwerb der Gesellschaft EK9 GmbH“* beschriebenen vorgegebenen Kostenrahmen bewegen muss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 12 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

Oberbürgermeisterin Keupen beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Christina Milussi
Schriftführerin

